

Medienmitteilung

Ja zur Verschärfung des Kartellgesetzes

Solothurn, 28. Juni 2011 – Der Regierungsrat unterstützt in seiner Vernehmlassungsantwort an das Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) eine Verschärfung des Kartellgesetzes. Mit der Revision sollen Sanktionen gegen natürliche Personen, die Kartellabsprachen tätigen, eingeführt werden.

Der Regierungsrat unterstützt grundsätzlich die Einführung von Sanktionen gegen natürliche Personen, denen nachgewiesen werden kann, dass sie sich an Kartellabsprachen beteiligt haben. Gleichzeitig soll aber auch bei Unternehmen die Möglichkeit zur Sanktionsminderung geschaffen werden, wenn sie nachweisen können, dass sie notwendige Verkehren geschaffen haben, um Wettbewerbsbeschränkungen zu vermeiden.

Der Regierungsrat erhofft sich, dass diese beiden Instrumente vor allem einen präventiven Charakter haben werden. Dadurch sollen vermehrt volkswirtschaftliche und sozial schädigende Kartellabsprachen vermieden und Wettbewerbsverzerrungen bekämpft werden.

Weitere Auskünfte erteilt:

Jonas Motschi, Leiter Amt für Wirtschaft und Arbeit, 032 627 95 55